

Pressespiegel vom 19.01.2012

Sächsische Zeitung

„Blockierer brechen das Gesetz“

Innenminister Markus Ulbig (CDU) kämpft gegen den Stellenabbau bei der Polizei und gegen den Vorwurf, seine Beamte gingen zu rüde gegen Anti-Nazi-Protestierer vor.

Herr Ulbig, vor einer Woche haben Sie geringere Stellenkürzungen bei der Polizei gefordert, um besser gegen rechte Straftäter vorgehen zu können. Ihre Ministerkollegen haben abgewunken. Wie groß ist die Enttäuschung?

Ich sehe die Situation etwas anders. Bisher habe ich keine Informationen darüber, dass mein Vorstoß gescheitert ist. Es gibt Gespräche über das Thema. Das Personalkonzept der Polizei ist bis 2020 angelegt. Es bleibt also genug Zeit, um Lösungen für den von mir angeregten Erhalt der mobilen Einsatzzüge sowie für einen geringeren Stellenwegfall bei der Kriminalpolizei zu finden.

Der Finanzminister sagt Nein, weil er die Mehrkosten fürchtet. Sie sind aber für die Sicherheit im Land zuständig. Lohnt es sich da nicht, weiter zu streiten?

In einem Punkt muss ich den Finanzminister verteidigen. Es ist in Ordnung, wenn er zunächst am bisherigen Personalkonzept festhält, um nicht in anderen Ressorts Begehrlichkeiten zu wecken. Ich bleibe dennoch dabei, dass der Stellenabbau in den beiden genannten Bereichen nicht wie einst geplant erfolgen kann, und bin optimistisch, dass wir dafür rechtzeitig eine Lösung finden.

Sachsen steht bundesweit im Fokus: NPD-Wiedereinzug in den Landtag, Terrorzelle, die Februar-Krawalle in Dresden. Die Öffentlichkeit bekommt nun den Eindruck, Geldsparen gehe hierzulande vor mehr Sicherheit.

Dieser Eindruck wäre falsch. Das Gegenteil ist richtig: Weil wir die Finanzlage nicht außen vor lassen, können wir uns am Ende für jene Variante entscheiden, die am besten für mehr Sicherheit sorgt.

Bald wird in Dresden wieder gegen Nazi-Aufmärsche demonstriert. Wie gut ist die Polizei auf Gewalttäter vorbereitet, die den friedlichen Anti-Nazi-Protest für eigene Zwecke missbrauchen?

Noch mehr Polizeikräfte einzusetzen, geht nicht, da uns bereits im Vorjahr fast alle Bundesländer mit jedem verfügbaren Beamten unterstützt haben. Auch in diesem Jahr werden ähnlich viele Polizisten in Dresden sein wie im vergangenen Jahr. Der Vorwurf, es seien 2011 zu wenige gewesen, ist unberechtigt. Es stehen einfach nicht mehr Polizisten zur Verfügung.

Ein Jahr wurde über die damalige Gewalteskalation debattiert. Hat sich seitdem etwas getan, oder droht nun eine Wiederholung?

In erster Linie sind die Menschen in diesem Land gefragt, durch friedlichen Protest

ein wichtiges Zeichen zu setzen. Es gab in den letzten Monaten eine sehr gute Entwicklung. Die Stadt Dresden hat Frank Richter darum gebeten, die unterschiedlichen Gruppen an einen Tisch zu bringen, und ich habe den Eindruck, dass ihm das weitgehend gelungen ist. Deshalb wird es am 18. Februar eine zentrale Veranstaltung aller Demokraten geben. Das ist eine neue Lage gegenüber der früheren Zerrissenheit zwischen den Protestgruppen. Die aktuellen Aufrufe zu Blockaden – wie gestern auch aus Thüringen – konterkarieren diese Bemühungen und sind kontraproduktiv.

Dennoch haben mehrere Protestgruppen erneut Blockaden angekündigt, um damit die Nazis zu stoppen. Wie wird sich die Polizei diesmal verhalten?

Obwohl es oft kolportiert wird, gibt es keinerlei Anweisung von mir als Innenminister, wie die Polizisten in einem solchen Fall vorgehen sollen. Mit gutem Recht ist für die Taktik vor Ort der Dresdner Polizeipräsident zuständig. Er ist beauftragt, sich auf diese Situationen vorzubereiten, und er wird entscheiden, wie im Einzelnen vorgegangen wird. Dass Blockaden rechtswidrig sind, brauche ich niemandem zu erklären. Und weil das Bundesverfassungsgericht zu Recht die Versammlungsfreiheit sehr hoch hängt, wird damit von der Polizei stets erwartet, jegliche genehmigte Demonstration zu schützen.

Das heißt, auch künftig werden Blockaden notfalls mit Gewalt geräumt?

Vor einem Jahr ist keine einzige Blockade geräumt worden. Die Probleme sind an anderer Stelle entstanden. Schauen Sie sich die Filme an, die im Internet kursieren. Die Aufzugsstrecke der Rechten, die die Polizei per Gesetz zu schützen hat, wurde immer wieder gezielt von Gegendemonstranten gestürmt. Polizisten wurden dabei mit massiver Gewalt attackiert. Diese Gewaltexzesse waren das Problem.

Gibt es hier ein neues Gegenmittel? Oder setzen Sie im Nachgang wieder nur auf Handy-Abfragen und Bürodurchsuchungen?

Die Polizei ist verpflichtet, Straftaten zu verfolgen. Sie wird dabei nicht auf die dafür notwendigen Mittel verzichten. Ich sehe aber vor allem eine Pflicht der Organisatoren der Gegendemos, Gewalttäter direkt anzusprechen und sich klar schon im Vorfeld zu distanzieren. Protest gegen Rechts ist wichtig und richtig. Er sorgt aber in dieser Form nun einmal für eine höhere Gefährdungssituation. Daher darf man es vorab nicht bei Lippenbekenntnissen belassen, sondern muss die Gewähr bieten, dass alles ruhig und friedlich bleibt.

Das Gespräch führten Gunnar Saft, Karin Schlottmann und Thilo Alexe

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Blockierer_brechen_das_Gesetz/articleid-2966727

Lothar König schaut mal nach dem Wagen

Von Thilo Alexe

Der Neonazi-Gegner mischt sich unter die Gäste von Ministerpräsident Tillich. Dort sucht er seinen Bus.

Es sind die kleinen Dinge. Zum Beispiel ein Händedruck. Etwa der des Jenaer Pfarrers Lothar König. Der Theologe nähert sich einem hochrangigen Polizeibeamten. König, mit gewohnt wildem grauem Haar und Sandalen, reicht dem Mann die Hand. Dem ist es, so wirkt es aus der Ferne, unangenehm, er ergreift sie dann doch. Die Staatsanwaltschaft wirft König, der 2011 mit Lautsprecherwagen in Dresden gegen Neonazis demonstrierte, Landfriedensbruch vor.

Bemerkenswert ist die Episode, weil sie sich auf dem gestrigen Neujahrsempfang von CDU-Regierungschef Stanislaw Tillich im Festspielhaus in Dresden-Hellerau abspielt. König ist quasi ganz offiziell da – als Begleiter der Linke-Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz. „Ich habe ihn beim Protokoll angemeldet“, sagt die Parlamentarierin.

Eigentlich steht der Nachmittag unter dem Motto „Junge Kunst in Sachsen“. Junge Tänzer toben virtuos in schlafanzugähnlichen grünen Kostümen über die Emporen. Die preisgekrönte Nachwuchs-Formation „The Muzzy Mystery“ aus Radebeul bietet süffigen Jazz. Stanislaw Tillich sagt den Gästen, Sachsen sei „Brutkasten für neue Ideen, Trends und Bewegungen“.

Lothar König sagt einem Journalisten, er wolle nur mal schauen, ob sein Wagen in Dresden gut gepflegt werde. Der Kleinbus, den der Geistliche liebevoll „Lauti“ nennt, wurde bei einer Razzia im Sommer beschlagnahmt. König, sagt die Staatsanwältin, habe zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen – was der Pfarrer vehement verneint.

Und sonst? Bildende Künstler aus Sachsen stellen aus. Es gibt Sekt. Der Saal ist voll. Und Ministerpräsident Tillich sagt den Satz: „Was können wir tun, damit junge Leute nicht zu Extremisten werden, und wie holen wir sie wieder aus der Szene raus?“

Die Frage schwebt durch den Raum. Lothar König, der das Anwachsen der Neonazi-Strukturen im Nachwende-Jena hautnah erlebte, wüsste dazu wohl einiges zu sagen. Er ist aber nicht Redner, sondern eine Art Gast – und wird teils mit Befremden gemustert.

Ein anderer Gast ist der Dresdner Heinz-Joachim Aris. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden Sachsens hat Schreckliches erlebt –und ist ein unglaublich freundlicher und fröhlicher Mensch. Die Straßenbahn in die Stadt ist weg. Darf man eine rauchen? Im Judentum sei das erlaubt – „aber nicht zwingend“. Der alte Herr lacht. Die Bahn kommt. Es sind die kleinen Dinge.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2966687>

Dresdner Neueste Nachrichten

Geplante Neonazi-Datei geht Sachsens Innenminister Markus Ulbig nicht weit genug

Ingolf Pleil

Dresden. Die Neonazi-Datei des Bundes geht Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) nicht weit genug. Blockade-Vorwürfe wegen der Mitarbeit an der Aufklärung der Morde des Terror-Trios aus Zwickau bezeichnete er als „dummes Zeug“. Er

könne „nicht erkennen, an welcher Stelle etwas blockiert wird“, der Vorgang ist zu ernst um es parteipolitisch zu instrumentalisieren, sagte der Innenminister gegenüber den Dresdner Neuesten Nachrichten.

Wir haben uns von Anfang an dafür stark gemacht, dass die Aufklärung nicht an Ländergrenzen halt macht. Deshalb sollte eine Expertenkommission eingesetzt werden, die für eine bundesweites Lagebild zu den Taten sorgt. Sie soll Informationen aus den Ländern zusammentragen, bewerten und schließlich Schlussfolgerungen daraus ziehen. Sie soll Vorschläge machen, was getan werden muss, um solche Fälle künftig auszuschließen.

Mittlerweile wird es eine Regierungskommission geben. Ulbig: „Die Kommission kann meiner Ansicht nach schneller agieren, die Länder wollen daran mitwirken.“ Der Freistaat wolle Berichte, die zuvor der PKK und dem Innenausschuss zugeleitet werden, dann der Expertenkommission zur Verfügung stellen, sagte Ulbig.

Bei einem Untersuchungsausschuss sei die Lage etwas anders. Wenn die rechtliche Lage, die im Bundestag gerade geprüfte wird, eine Mitarbeit der Länder zulässt, „dann wird sich dagegen niemand wehren“, erklärte Ulbig. Bislang ist das aber noch nicht klar. Die Regierung eines Landes, die Länderexekutive, unterliegt grundsätzlich immer der Kontrolle des jeweiligen Landtags. Da könne jetzt nicht ohne Weiteres verlangt werden, dass „das Land einfach auf direktem Weg dem Bund etwas zuleitet“. Nach Ulbigs Ansicht hat das nichts mit Blockade zu tun, sondern entspreche den „rechtsstaatlichen Grundsätzen, die auch in einem solchen Fall zu beachten sind“. Bislang gebe es den Ausschuss auch noch nicht. Wenn er existiere, werde über eine Mitwirkung der Länder geredet. „Und wenn die rechtliche Grundlage dafür da ist, ist das auch überhaupt keine Frage. Die Opposition im sächsischen Landtag hatte der Staatsregierung unter anderem eine Aufklärungsblockade vorgeworfen, weil die Länder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundes nicht zuarbeiten wollte.“

Die Verbund-Datei zu Rechtsextremen sei grundsätzlich ein gutes Instrument. „Es stellt sich jedoch die Frage, warum Leute, die verbal zu Gewalt bereit sind, nicht in diese Datei aufgenommen werden sollen“. Die „geistigen Brandstifter“ müssten mit erfasst werden. Zudem sollten auch die Analyse- und Recherchemöglichkeiten innerhalb der großen Datenmenge ausgeweitet werden.

In der Datei, die sich an der Anti-Terror-Datei zu Islamisten orientiert und am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen worden war, sollen Verfassungsschutz, Polizei und Militärischer Abschirmdienst ihre Informationen zusammenführen. Vor allem die FDP hatte sich in der Schwarz-Gelben Koalition in Berlin für die Beschränkungen stark gemacht.

Aus den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 20.01.2012.

© DNN-Online, 19.01.2012, 15:00 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Geplante-Neonazi-Datei-geht-Sachsens-Innenminister-Markus-Ulbig-nicht-weit-genug-1299949550>

Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll setzt im Februar 2012 weiter auf die Auswertung von Handydaten

Christoph Springer

Dresden. Die Dresdner Polizei setzt weiterhin auf die Speicherung von Handydaten. Das sagte Polizeipräsident Dieter Kroll im DNN-Interview. Falls nötig, soll die umstrittene Funkzellenabfrage auch bei den Februar-Demonstrationen in reichlich vier Wochen genutzt werden, um später über Daten von mutmaßlichen Gewalttätern verfügen zu können, erklärte der Polizeipräsident. Kroll ist in diesem Jahr erstmals für die Arbeit der Polizei rund um den 13. Februar zuständig.

Bei den Einsätzen im Februar wolle er den gesamten „Instrumentenkasten“ der Polizei nutzen, sofern das erforderlich ist, sagte der Polizeipräsident. Dazu zählt er nicht nur „einfache körperliche Gewalt“, sollten Blockierer versuchen, das Versammlungsrecht anderer Personen einzuschränken, sondern notfalls auch den Einsatz von Wasserwerfern, Räumpanzern und anderen Hilfsmitteln. Die Funkzellenabfrage ist aus seiner Sicht ein sinnvolles Mittel, um später etwa „vermummte Steinewerfer“ identifizieren zu können.

Liegen etwa Daten von Handynutzern vor und wurden diese Handynutzer an verschiedenen Orten registriert, an denen es auch zu Gewalttätigkeiten kam, könnten die Telefondaten helfen, Angreifer ausfindig zu machen, so Kroll. In mehreren Fällen aus dem Februar 2011 habe das funktioniert, sagte der Polizeipräsident. Die Funkzellenabfrage sei wegen der großen Menge der Daten, die dabei anfallen können und die später ausgewertet werden müssen „vielleicht nur die zweitbeste Idee“, so Kroll weiter, rechtlich einwandfrei sei sie 2011 aber zweifellos gewesen.

Bei seiner Auswertung der Ereignisse im vergangenen Jahr hat Kroll keine Mängel gefunden. Er soll aber nicht auf das Trennungskonzept setzen, das in den vergangenen Jahren regelmäßig im Mittelpunkt der Polizeitaktik stand. Kroll: „Es wird einen Kerneinsatzbereich geben - das ist der Aufzug der Rechten.“ Es sei aber nicht möglich, eine Stadt wie Dresden in Sektoren zu unterteilen, „die dann bestimmte Personen aus polizeitaktischen Gründen nicht betreten dürfen“.

[Das komplette Interview mit Dieter Kroll lesen Sie auf DNN-Exklusiv!](#)

Aus den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 19.01.2012.

© DNN-Online, 19.01.2012, 08:25 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Dresdens-Polizeipraesident-Dieter-Kroll-setzt-im-Februar-2012-weiter-auf-die-Auswertung-von-Handydaten-1716974637>

Polizei gibt Trennungskonzept auf: Präsident Dieter Kroll will Handydaten „wenn es sein muss“ wieder sammeln/ Keine Kritik an Einsatzgrundsätzen 2011

Seit Mitte August 2011 ist Dieter Kroll Polizeipräsident in Dresden. Damals hat er den Posten von Dieter Hanitsch übernommen, der wegen der sogenannten Handydatenaffäre seinen Hut nehmen musste. Innenminister Markus Ulbig (CDU)

versetzte Hanitsch damals. In der Öffentlichkeit war daraufhin von einem Bauernopfer die Rede. Hanitschs Nachfolger wurde der Zwickauer Polizeichef Kroll. In etwa drei Wochen muss er zum ersten Mal einen Februar-Einsatz in Dresden leiten. Tausende Polizisten wird Kroll dabei dirigieren. DNN-Redakteur Christoph Springer sprach mit dem Polizeipräsidenten über diese Herausforderung:

Frage: *Als Sie das Amt des Polizeipräsidenten in Dresden übernommen haben, haben Sie angekündigt, Sie wollen die Ereignisse vom Februar 2011 zunächst studieren und dann daraus Schlüsse ziehen. War die Polizeiarbeit im Februar 2011 gut?*

Dieter Kroll: Ich habe nichts gefunden, was man beanstanden müsse. Dass wir jeden Einsatz zum Anlass nehmen, um Manöverkritik zu betreiben, das schreiben uns nicht nur unsere Dienstvorschriften vor. Das macht man ganz einfach, weil es immer irgendwo an Nahtstellen noch Dinge gibt, an denen man feilt. Im Kern kann ich etwa vor dem Hintergrund des sogenannten Handydatenskandals nicht erkennen, dass er seine Ursachen in den Polizeieinsätzen vom 13. oder 19. Februar 2011 hat. Vom Grundansatz her habe ich bei diesen Einsätzen nichts gefunden, was kritikwürdig wäre.

Sie sprachen vom Kern des Einsatzes. Gibt es also Details, bei denen Sie sagen, da müsste man etwas anders machen?

Solche Details gibt es immer, ja.

Liegt das daran, dass Sie andere Einsichten haben als Ihr Vorgänger oder dass Sie überzeugt sind, dass manche Handlungsdetails anders aus den Regularien der Polizeiarbeit abgeleitet werden müssen, als es getan worden ist?

Das Trennungskonzept war ein taktischer Ansatz über mehrere Jahre hinweg hier in Dresden, hinter dem Polizei und Versammlungsbehörde gestanden haben. Man plante, die Stadt in die Seiten diesseits und jenseits der Elbe zu teilen, um Situationen zu vermeiden, die zum polizeilichen Notstand führen würden (... , bei dem die Polizei nicht mehr handeln kann oder will, weil sie nicht über ausreichende Kräfte verfügt oder der Einsatz der vorhandenen Mittel unverhältnismäßig wäre/ Anmerk. Der Red.). Vor das Verwaltungsgericht ist dieser konzeptionelle Ansatz deshalb geraten, weil er nicht funktioniert hat. Das Trennungskonzept als solches hat das Verwaltungsgericht jedoch nie kritisiert oder infrage gestellt sondern – ganz im Gegenteil – im Urteil zu 2010 als taktischen Ansatz zur Vermeidung eines polizeilichen Notstands akzeptiert. Es hat aber darauf hingewiesen, dass es dieses Konzept in geschlossener Form so nie auf dem Papier gegeben hat. Die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung darüber, ob man eine Stadt überhaupt vor diesem Hintergrund (den polizeilichen Notstand vermeiden zu wollen/ Anmerk. Der Red.) in zwei Teile teilen kann, ist nie erörtert worden. Bei jedem Fußballereinsatz, bei jedem Karnevalsumzug muss man jetzt bedenken, dass man keine Chance hat, eine Großstadt in Sektoren einzuteilen, die dann bestimmte Personen aus polizeitaktischen Gründen nicht betreten dürfen.

Das heißt, das Trennungskonzept gibt es auch jetzt nicht auf dem Papier als Handlungsmaxime für den Februar 2012?

Ja. Wir werden die Stadt in dieser Form nicht teilen. Aber es wird einen Kerneinsatzbereich geben – das ist der Aufzug der Rechten. Das ist die Anlassversammlung für alle, die dagegen demonstrieren wollen. Und man kann davon ausgehen, dass alle dorthin kommen, wo die Rechten sind, wo auch immer Gegendemonstrationen angemeldet werden in der Stadt.

Was wollen Sie außerdem anders machen als Ihr Vorgänger am 19. Februar 2011?

Wenn ich etwas mache, frage ich immer nach dem Warum. Im Kerngeschäft, das wir bei diesen Einsätzen zu leisten haben, also die Wahrnehmung des Versammlungsrechtes für jedermann und die Sicherheit für alle friedlichen Versammlungsteilnehmer gleichzeitig zu gewährleisten, ändert sich nichts. Unser Instrumentenkasten ist der gleiche geblieben, unsere taktischen Einheiten sind die gleichen geblieben, für einen grundlegenden Umbruch des Einsatzkonzeptes sehe ich überhaupt keine Veranlassung.

Zu Ihrem Instrumentenkasten: Im vergangenen Jahr waren rund 6000 Beamte im Einsatz, jetzt ist von 10000 Polizisten die Rede. Sie planen also den Einsatz eines größeren Instruments, richtig?

Ich weiß nicht, wo sie das her haben, aber das ist Quatsch. Die Polizei ist nicht verpflichtet, ohne Rücksicht auf andere Sicherheitsinteressen Kräfte unbegrenzt bereit zu halten. Wir bewegen uns an einer solchen Grenze. Immerhin setzen wir so ungefähr die Hälfte aller bundesweit überhaupt vorhandenen Einsatzhundertschaften ein, sofern wir sie letztlich bekommen werden.

Ein weiteres Instrument, das später heftig kritisiert wurde, war die sogenannten Handyüberwachung. Ist das ein Instrument, das in diesem Jahr wieder verwendet wird?

Der Generalstaatsanwalt hat sich dazu geäußert – wenn es sein muss, ja.

Es ist viel und sehr kontrovers über diese Telefondatenüberwachung diskutiert worden. Könnte es sein, dass der Einsatz dieses Instruments gerechtfertigt war, die Verwendung dieses Instruments aber falsch kommuniziert wurde?

Was ist denn eigentlich passiert? Das Einsatzgeschehen am 13. Februar 2011 ist das Eine. Mit ein paar Aufregern drumherum. Nach dem 19. Februar waren aber alle erschrocken über das Ausmaß und die Formen der Gewalt. Kritik am Polizeieinsatz hat es da nicht gegeben, vielleicht mit Ausnahme von denen, die betroffen waren vom repressiven Maßnahmen. Aber das ist normal. Die Polizei hat bei solchen Einsätzen keine Chance, ohne Beulen am Helm und unter dem Beifall aller Anwesenden aus dem [..., nicht leserlich/ Anmerk. d. Bearbeiters] zu geben. Wir greifen in Konflikte ein und ziehen damit automatisch Teile des Konfliktpotenzials auf uns.

Muss man polizeiliche Einsatzmittel, also den Instrumentenkasten anders erklären, als das im vergangenen Jahr getan wurde?

Es hätte niemand – auch im letzten Jahr – einen Fehler gemacht, der bei der ersten Konfrontation mit diesem Thema gesagt hätte: Details kenne ich noch nicht zu

diesem Einsatz, aber ich weiß genau – er war rechtens. Ich habe bisher noch nicht erlebt, dass sich die Polizei dafür rechtfertigen muss, als Vollstrecker des Willens eines erkennenden und anordnenden Gerichts tätig gewesen zu sein. Die ausschließlich politische Verwertungslogik, mit der dieses Thema diskutiert worden ist, hat gar keinen Raum gelassen für eine vernünftige sachliche Kritik. Sachlich war die Funkzellenabfrage vielleicht die zweitbeste Idee, aber rechtlich war sie sauber. Im Übrigen: So sehr erfolglos war die Beweisführung gar nicht, die nach dieser Funkzellenabfrage letztlich möglich war. Das wird sich noch zeigen.

Sie wollen mir jetzt aber nicht sagen, welchen Fall Sie da ansprechen.

Einige der Fälle, die den schweren Landfriedensbruch betreffen, haben wir auf diese Art und Weise aufgeklärt. Vermummte Steinewerfer sind mit Hilfe der Erkenntnisse aus der Funkzellenabfrage identifiziert worden.

... was vor Gericht noch zum Thema kommen wird?

Na klar.

Bei Protesten gegen die Rechten ist immer wieder die Rede davon, man müsse Polizeiketten durchfließen. Verstehen Sie so etwas als eine Aussage gegen die Arbeit der Polizei?

Was am 19. Februar 2011 „durchfließen“ genannt wurde, waren gewaltsame Angriffe auf die Polizei. Nichts anderes.

Haben solche Ankündigungen zur Folge, dass Sie sich anders auf die Ereignisse Mitte Februar vorbereiten müssen als bisher, also andere Instrumente in ihren Kasten legen müssen?

Nein, das ändert sich nicht. Unsere Taktik findet ihre Grenzen ausschließlich im Recht. Das werden wir ausnutzen, aber dabei verhältnismäßig bleiben.

In Stuttgart sollen bei Einsätzen im Zusammenhang mit dem Protest „Stuttgart 21“ Journalisten in die Polizeiarbeit eingebettet werden. Wäre das auch ein geeignetes Mittel für Dresden?

Das Kann ich mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorstellen.

Warum nicht?

Weil das eine weitere Komponente im Einsatz wäre, zu der ich mir die Frage stellen müsste, ob uns das was bringt, ob es steuerbar ist und welchen Gefährdungen ich denjenigen aussetzen würde, der den Einsatz begleitet. Wir werden aber Journalisten in ihrer Arbeit bestimmt nicht behindern.

Fühlen Sie sich bei Ihrem ersten Februar-Einsatz als Polizeipräsident in Dresden besonders unter Beobachtung?

Nein. Ich bin wohl für den Polizeieinsatz in besonderer Weise verantwortlich, aber dass es in der Stadt friedlich bleibt und Chaoten in Schranken verwiesen werden, dafür tragen viele Verantwortung. Auch auf die, die sich engagieren, setze ich.

Vielen Dank für das Gespräch.

Mitteldeutscher Rundfunk

Dresden am 13. & 18. Februar: Innenminister Ulbig hofft auf friedlichen Protest

Sachsens Innenminister Markus Ulbig hat den Aufruf Thüringer Politiker zum Protest gegen Neonazis in Dresden kritisiert. Diese seien kontraproduktiv und konterkarierten die Bemühungen in Dresden zu einem friedlichen Bündnis, sagte Ulbig der "Sächsischen Zeitung". Die Thüringer Landtagsfraktionen von Linke, SPD und Grünen hatten am Mittwoch zu Blockaden des geplanten Neonazi-Aufmarsches am 18. Februar in Dresden aufgerufen. Ulbig betonte erneut, dass Blockaden rechtswidrig sind.

Organisatoren sollen sich von Gewalttätern distanzieren

Sachsens Innenminister hofft in diesem Jahr auf einen deutlich friedlicheren Protest in Dresden. In den vergangenen Monaten seien dazu wichtige Weichen gestellt worden, sagte er dem Blatt. So gebe es mit Frank Richter erstmals einen Moderator, der die unterschiedlichen Protestgruppen an einen Tisch bringen soll. "Und ich habe den Eindruck, dass ihm das weitgehend gelungen ist." Am 18. Februar werde es eine zentrale Veranstaltung aller Demokraten gegen Rechtsextremismus geben. "Das ist eine neue Lage gegenüber der früheren Zerrissenheit zwischen den Protestgruppen", betonte Ulbig. Protest gegen Rechts sei wichtig und richtig. Allerdings seien die Organisatoren der Gegendemos in der Pflicht, Gewalttäter in ihren Reihen nicht zu dulden und sich von ihnen im Vorfeld klar zu distanzieren. Noch nicht im Boot ist allerdings das Bündnis "Dresden Nazifrei", das bisher zu eigenen Demonstrationen und Blockaden aufruft.

Polizei schließt erneute Funkzellenabfrage nicht aus

Was das Polizeiaufgebot angeht, rechnet Markus Ulbig mit einer ähnlichen Größe wie im vergangenen Jahr. Damals waren rund 6.000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet in Dresden im Einsatz. Mehr sei personell nicht zu machen. Wie die Polizei während der Veranstaltungen am 13. und 18. Februar vorgeht, liege nicht in seiner Hand, betonte Ulbig. Zuständig dafür sei der Dresdner Polizeipräsident Dieter Kroll.

Der wiederum erklärte in einem Gespräch mit den "Dresdner Neuesten Nachrichten", an der Strategie des Vorjahres weitgehend festhalten zu wollen. Es werde wieder, wenn nötig, Funkzellenabfragen geben, sowohl bei Gegendemonstranten als auch bei den Neonazi-Kundgebungen. Das helfe, verummte Steinewerfer im Nachhinein zu ermitteln. Sollten Blockierer zudem das Versammlungsrecht anderer Personen einschränken, würden notfalls Wasserwerfer, Räumpanzer und andere Hilfsmittel eingesetzt, sagte Kroll. Anders als im Vorjahr werde es aber keine räumliche Trennung der demonstrierenden Lager geben. Das Trennungskonzept habe in seiner

Absicht nicht funktioniert, erklärte der Polizeipräsident, der als Nachfolger des abgesetzten Dieter Hanitsch erstmals die Einsätze leiten wird.

Unterdessen ist nach Einschätzung von Beobachtern der rechten Szene unklar, ob die Rechtsextremen überhaupt in großer Zahl aufmarschieren. Nach Informationen des Bündnis "Dresden Nazifrei" gibt es "nach ihren Niederlagen in den letzten beiden Jahren Mobilisierungsprobleme". Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt nach Informationen der "Dresdner Neuesten Nachrichten" auch das sogenannte "Antifa Recherche Team."

Zuletzt aktualisiert: 19. Januar 2012, 14:37 Uhr

http://www.mdr.de/sachsen/ulbig-neonaziproteste-dresden100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Verwirrung um den Demo-Tag: Fällt der 18. Februar etwa aus?

Dresden – Fällt der Neonazi-Großaufmarsch dieses Jahr ins Wasser? Zumindest das „Antifa Recherche Team“ gab gestern bekannt, dass es am 18. Februar wohl keinen bundesweiten Trauermarsch in der sächsischen Landeshauptstadt geben wird.

Nach Antifa-Informationen soll der Vorsitzende der sächsischen „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), die den Aufmarsch angemeldet hatte, Kai Pfürstinger, bereits zugegeben haben, dass die Anmeldung lediglich aufrechterhalten werde, um den Protest ins Leere laufen zu lassen. Angeblich sollen die Leipziger Rechten an diesem Tag gar zur großen Faschingssause laden.

In der Tat spricht einiges für die Annahme der Antifa. Selbst auf der JLO-Homepage wird lediglich der 13. Februar beworben. Für diese Demo zeichnet sich das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ verantwortlich. Dieses verbreitet über das Internet nun die Stellungnahme, dass man weg vom zentralen Großevent wolle.

Auch wurde der einzige Hinweis auf den 18. Februar von einer sächsischen Neonaziseite entfernt. Immer wieder betonen die sächsischen Rechtsextremen, dass sie sich allein für den 13. Februar verantwortlich sehen. Zur Nachfrage irritierter „Kameraden“ will man sich in einschlägigen Foren nicht äußern, verweist stattdessen auf die JLO.

Das „Bündnis Dresden Nazifrei“ mobilisiert trotzdem. Sprecher Stefan Thiele: „Wir teilen die Auffassung des Rechercheteams, haben ebenfalls bemerkt, dass die JLO Probleme mit der Mobilisierung hat. Trotzdem sind wir da, weil der Aufmarsch ja nur wegen der Proteste nicht mehr durchführbar ist.“ Inwieweit nun die Proteste am 13. Februar verstärkt werden, soll am Wochenende besprochen werden. **eho**

Linker Hahn: 3000 Euro Strafe nach Nazi-Blockade

Dresden – Für seine Teilnahme an der Blockade gegen den Dresdner Neonazi-Aufmarsch 2010 soll Linke-Fraktions-Chef André Hahn blechen, er hat vom Amtsgericht Dresden einen Strafbefehl über 3000 Euro bekommen. Weil der Politiker

Einspruch eingelegt hat, kommt es nun zum Prozess. Hahn wird vorgeworfen, den Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 „vereitelt“ zu haben. Die Staatsanwaltschaft sieht in Hahn einen Rädelsführer der Proteste (Morgenpost berichtete).

Hahn dagegen hatte darauf verwiesen, dass er zum Zeitpunkt der Blockade an der Menschenkette teilgenommen hatte. Hahn: „Es erstaunt mich sehr, dass sich wirklich ein Richter finden ließ, der trotz der äußerst dünnen Beweislage und zweifelhafter Rechtsgrundlage bereit war, diesen Strafbefehl mit den seit Langem bekannten Vorwürfen der Staatsanwaltschaft zu unterschreiben.“

Im Visier der Ermittler sind auch seine Amtskollegen aus Thüringen und Hessen. Gegen andere Politiker waren die Ermittlungen dagegen eingestellt worden. **mor**

BILD, Ausgabe Dresden

Hahn soll Strafe zahlen

Dresden – Linke-Politiker André Hahn (48) soll wegen einer Blockade beim Neonazi-Aufmarsch vor zwei Jahren 3000 Euro Geldstrafe zahlen. Er kündigte an, gegen den Strafbefehl des Amtsgerichts Dresden Einspruch zu erheben. Der Vorwurf sei „absurd“, einer öffentlichen Verhandlung sehe er gelassen entgegen.
